

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5323

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5323



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

2 Prozent mehr Lohn – Kosten decken, Leistung anerkennen, Konjunktur stabilisieren

Redetext von Thomas Bauer, Leiter Wirtschaftspolitik Travail.Suisse

Nach einer historischen Krise zeigt sich in den Jahren 2024 und 2025 eine zunehmende Erholung der Real-löhne. Sie bleiben aber weiterhin hinter den Jahren 2020 und 2021 zurück. Über die letzten 10 Jahre hinweg haben sie zudem praktisch stagniert. Dies im Gegensatz zu den Lebenshaltungskosten. Insbesondere die stark steigenden Krankenkassenprämien führen bei Arbeitnehmenden unabhängig von der Inflation zu deutlichen Mehrkosten, die insbesondere mittelständische Familien stark belasten. Es ist deshalb umso wichtiger, dass die wachsenden Produktivitätsgewinne der Unternehmen gerecht verteilt werden. Eine Erhöhung der Löhne um 2 Prozent deckt einen Teil der höheren Lebenshaltungskosten und stellt eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmenden an der Wertschöpfung sicher. Durch die aktuelle Krise in der Weltwirtschaft ist eine Stärkung der Binnennachfrage durch starke Löhne umso wichtiger.

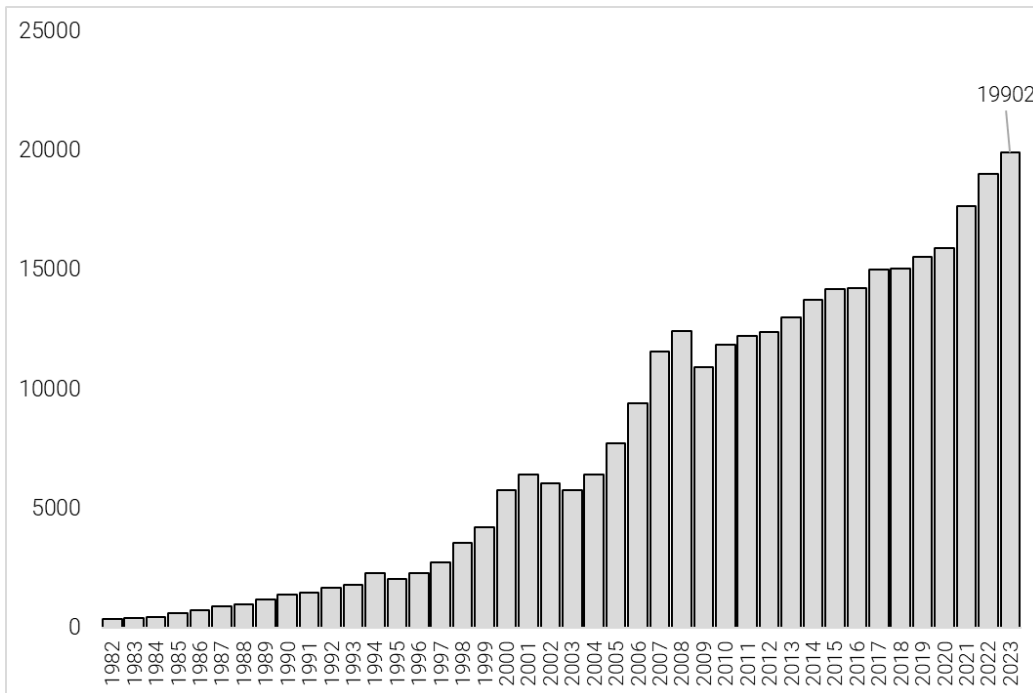
Kaum hatte der US-amerikanische Präsident Trump willkürliche und exorbitant hohe Zölle für Schweizer Exporte in die USA verkündet, forderte der Gewerbeverband weitgehende Reformen im Inland, tiefere Steuern, weniger soziale Sicherheit und vor allem, dass sich Leistung wieder lohnen müsse.

Ich komme gleich dazu, wie sich die Reallöhne und die Lebenshaltungskosten in den vergangenen Jahren für normale Arbeitnehmende entwickelt haben. Vorher möchte ich aber auf folgendes hinweisen:

Leistung hat sich in den vergangenen 30, 40 Jahren für mache Personen deutlich mehr gelohnt als für andere. So hat in den letzten 40 Jahren etwa die Anzahl Personen, die mit ihrem Lohn mehr als ein Bundesrat oder eine Bundesrätin verdienen um beeindruckende 5445 Prozent zugenommen.

Entwicklung der Anzahl Personen, die mehr als ein Bundesrat oder eine Bundesrätin verdienen

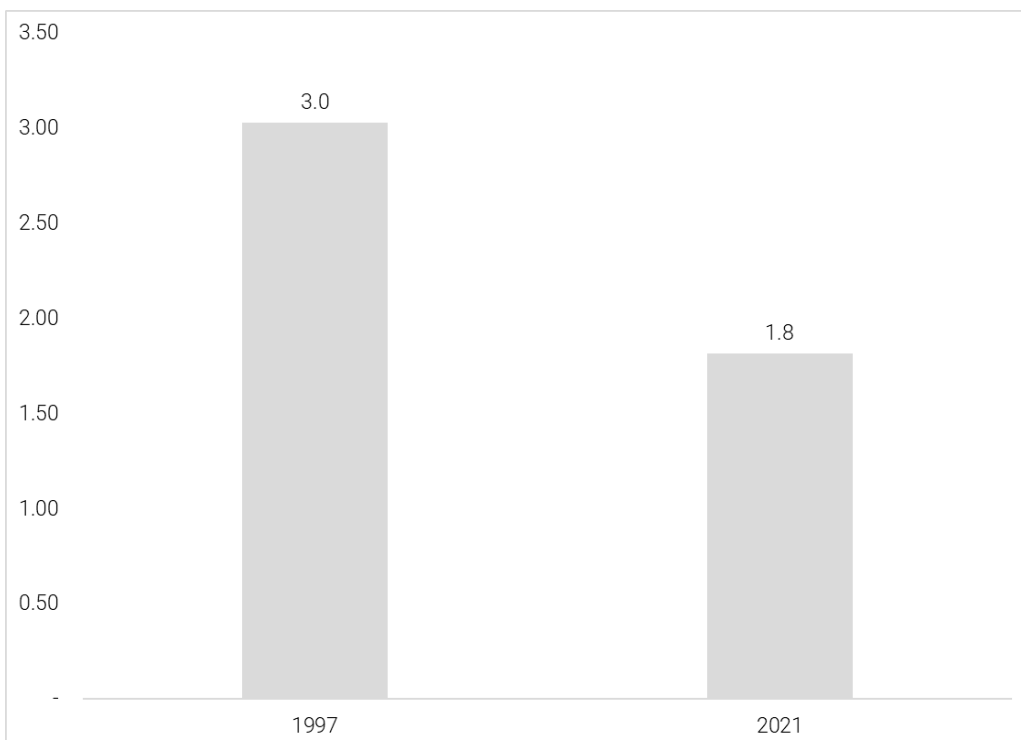
AHV-Statistik, 1982-2023, Anzahl Personen mit einem Lohn von 500'000 oder mehr Schweizer Franken



In noch beeindruckenderem Ausmass hat sich die «Leistung» für eine kleine Elite gelohnt, wenn wir die Entwicklung der Vermögen anschauen. Inzwischen besitzen 1.8% der Schweizer Bevölkerung die Hälfte aller Vermögen.

Prozentualer Anteil der Bevölkerung der Schweiz, die zusammen mehr als die Hälfte aller Vermögen besitzen

Eidgenössische Steuerverwaltung, Gesamtschweizerische Vermögenssteuerstatistik, in %



Ja, Leistung und Arbeit sollen sich auch finanziell lohnen, aber für alle. Und das ist heute nicht der Fall. Wir befinden uns auch in der Schweiz in einer beträchtlichen Schieflage. Während die Taschen der einen aus allen Nähten platzen, müssen sich andere immer kleiner machen, damit sie ihren Platz halten können.

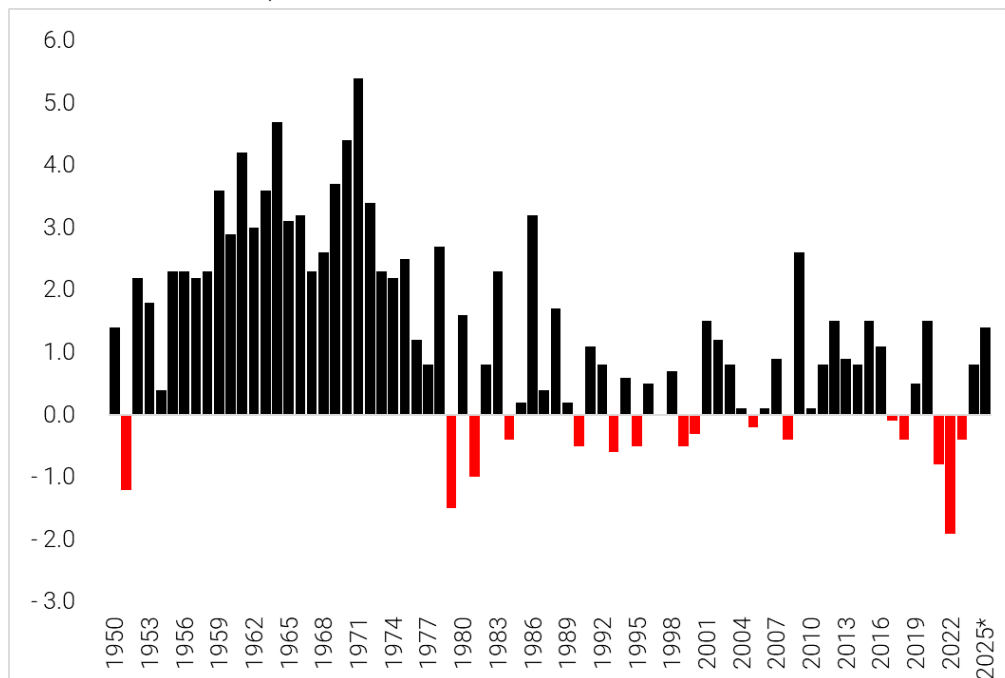
Damit komme ich zur Entwicklung der Löhne und Lebenshaltungskosten der normalen Arbeitnehmenden, also von denen, die den Wohlstand in der Schweiz hauptsächlich erarbeiten.

Leichte Erholung der Reallöhne – weitgehende Stagnation über die letzten 10 Jahre

Bei den normalen Arbeitnehmenden sah die Entwicklung in den letzten Jahren deutlich weniger rosig aus. Denn aufgrund der steigenden Konsumentenpreise sanken ihre Reallöhne deutlich, insbesondere in Branchen und Betrieben ohne Sozialpartnerschaft. Erst im letzten Jahr setzte eine langsame Erholung ein, welche sich in diesem Jahr fortsetzen dürfte.

Historische Reallohnentwicklung – Wachstum im Vergleich zum Vorjahr 1950-2025

Bundesamt für Statistik, 1950-2025

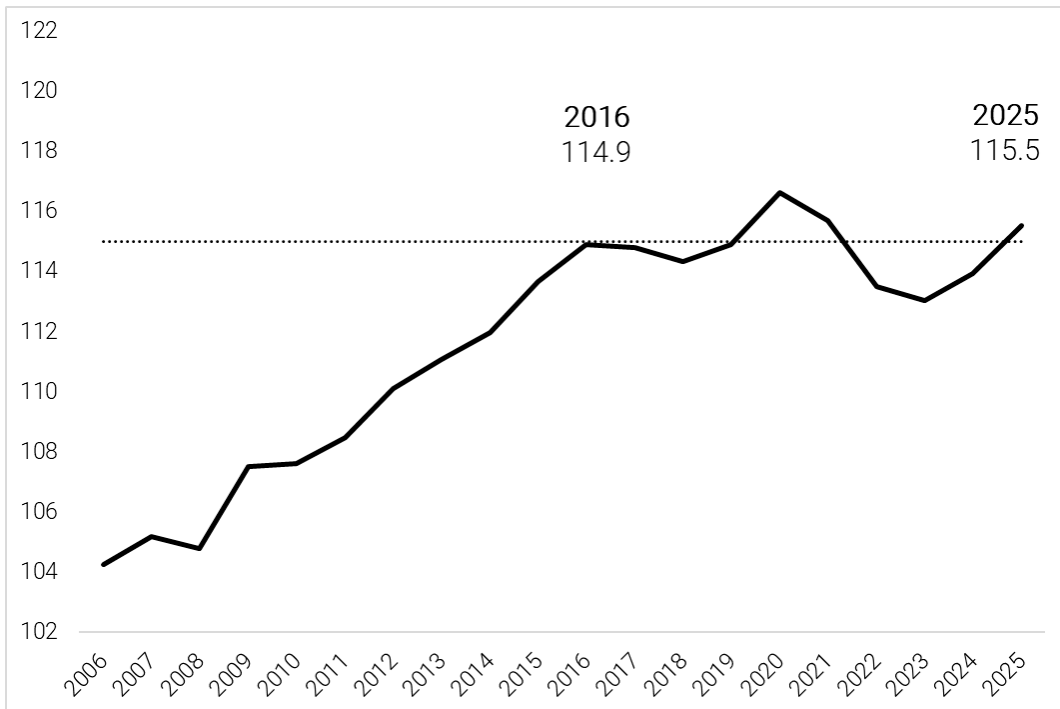


*Reallohn 2025: UBS Outlook Schweiz für 2025 (1.4%), bedingte Inflationsprognose Juni 2025 Schweizerische Nationalbank (0.2%)

Damit befinden sich die Reallöhne nur noch leicht unterhalb des Niveaus von 2020 und 2021, aber auch nur leicht über dem Niveau von 2016. Insgesamt verzeichnen die Reallöhne damit in der Schweiz in den letzten 10 Jahren eine weitgehende Stagnation.

Reallohnentwicklung 2006-2025

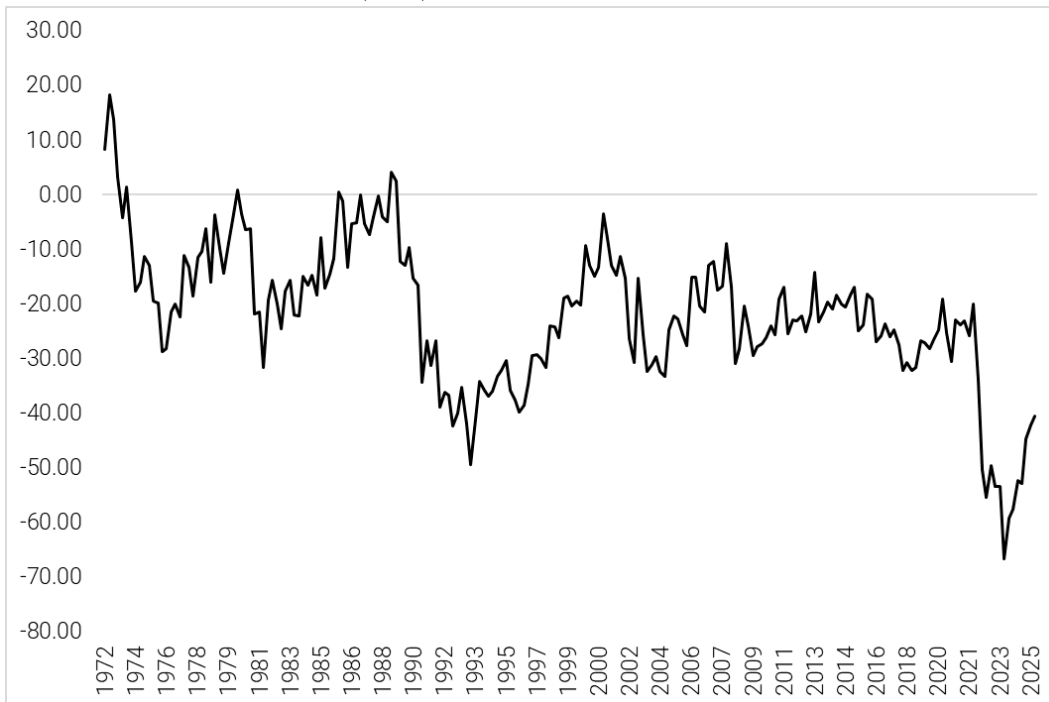
Bundesamt für Statistik, 2006-2025, Index



Die finanzielle Lage der Haushalte hat sich durch die teilweise Erholung der Reallöhne zwar verbessert, liegt aber weiterhin deutlich unter dem Niveau der dreissig vorhergehenden Jahre. Sie ist somit weiterhin alles andere als positiv. Dies vor allem aufgrund der stark gestiegenen Lebenshaltungskosten seit 2022.

Konsumentenstimmung – vergangene finanzielle Lage

Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), 4.Quartal 1972-3.Quartal 2025



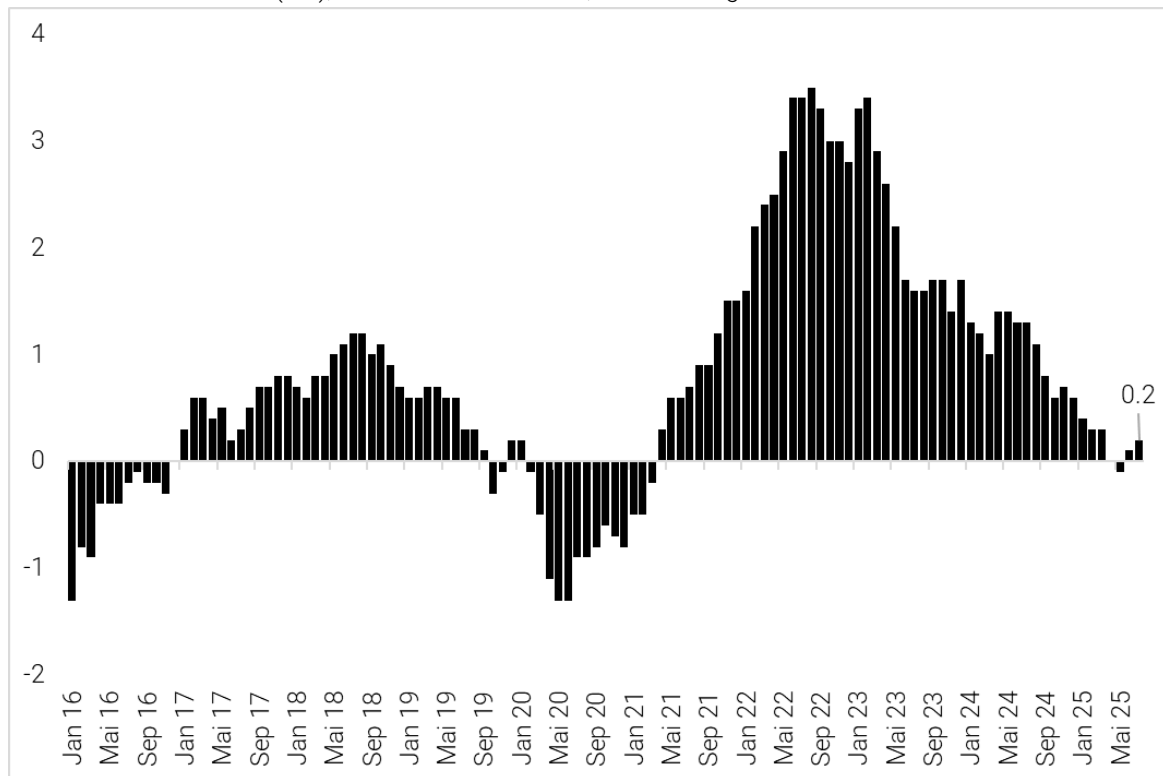
Den Befragten wird im Rahmen der Erhebung zur Konsumentenstimmung folgende Frage gestellt: «Wie hat sich Ihrer Ansicht nach die finanzielle Lage Ihres Haushalts in den letzten zwölf Monaten entwickelt?»

Nachlassender Preisdruck – anhaltend steigende Lebenshaltungskosten

In diesem Jahr zeigt sich nun ein deutlich nachlassender Preisdruck von Seiten der Konsumentenpreise. Travail.Suisse rechnet 2025 noch mit einer Inflationsrate von 0.2 Prozent. Damit liegt sie deutlich tiefer als in den Vorjahren. Während die Energiekosten rückläufig sind, steigen die Mietpreise allerdings weiter stark an. Vor allem jüngere Arbeitnehmende, welche neu eine Wohnung suchen oder Arbeitnehmende, welche die Wohnung wechseln müssen, werden dadurch stark belastet.

Landesindex der Konsumentenpreise – Veränderung zum Vorjahresmonat

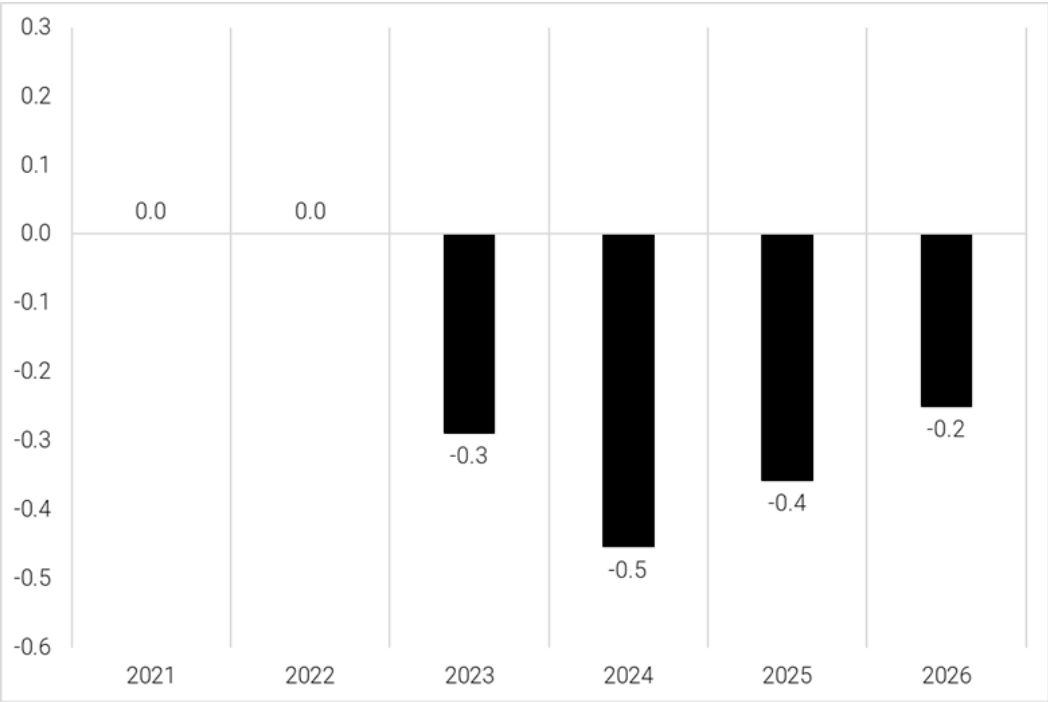
Bundesamt für Statistik (LIK), Januar 2016-Juli 2025, Veränderung in %



Keine Entspannung zeigt sich aber vor allem bei den Kosten für die Krankenkassenprämien. Sie sind in der Konsumententeuerung nicht enthalten. Die höheren Krankenkassenprämien reduzieren den Lohn von erwachsenen alleinstehenden Arbeitnehmenden in den Jahren 2022-2026 um 1.4 Prozent.

Krankenkassenprämie: Reduktion eines mittleren Einkommens einer Erwachsenen Person durch eine durchschnittliche Erhöhung der Krankenkassenprämie

Bundesamt für Gesundheit (mittlere Prämie für Erwachsene), Bundesamt für Statistik (LSE, Lohnindex), eigene Berechnungen, Veränderung in %



Diese Kosten kommen zusätzlich zu den höheren Preisen für Konsumgüter hinzu. Diese betragen in den Jahren 2022-2026 voraussichtlich 6.7%. Ein Teil dieser Inflation wurde in den vergangenen Jahren ausgeglichen. Insbesondere in Branchen mit einer gut funktionierenden Sozialpartnerschaft konnten teilweise akzeptable Lohnabschlüsse erzielt werden. Im Durchschnitt dürfte Ende 2026 immer noch ein Rückstand von knapp einem Prozent verbleiben. Somit ergibt sich auf der Kostenseite für Arbeitnehmende seit dem Jahr 2022 und bis Ende 2026 eine Kaufkraftlücke für Arbeitnehmende von 2.2 Prozent.

	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2021-2025	2022-2026
Krankenkassenprämien	0.0	0.0	-0.3	-0.5	-0.4	-0.2	- 1.1	- 1.3
Inflation	-0.6	-2.8	-2.1	-1.1	-0.2	-0.5	- 6.8	- 6.7
Lohnerhöhungen	-0.2	0.9	1.7	1.8	1.4		+5.6	+5.8
Summe							-2.3	-2.2

Höher sind die Kosten aus nicht ausgeglichener Inflation und höheren Krankenkassenprämien für Familien. Obwohl die obligatorischen Krankenkassenprämien von Kindern in den vergangenen Jahren weniger hoch und weniger stark gestiegen sind, ergibt sich durch die höheren Kosten bis Ende 2026 sogar eine Lücke bei

der Kaufkraft von 3 Prozent. Neben Lohnerhöhungen bleiben somit Prämienverbilligungen und höhere Kinderzulagen von grosser Bedeutung für Familien in der Schweiz.

	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2021-2025	2022-2026
Krankenkassenprämien	0.0	0.0	-0.4	-0.7	-0.6	-0.4	-1.7	-2.1
Inflation	-0.6	-2.8	-2.1	-1.1	-0.2	-0.5	-6.8	-6.7
Lohnerhöhungen	-0.2	0.9	1.7	1.8	1.4		+ 5.6	+ 5.8
Summe							-2.9	-3.0

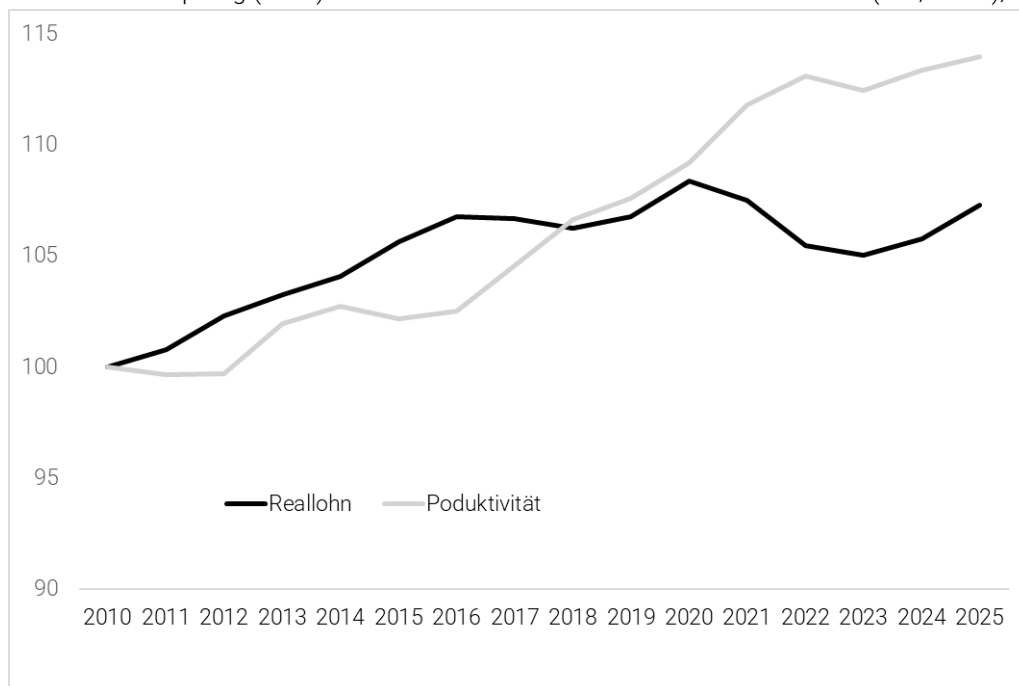
Stagnierende Reallöhne trotz wachsender Produktivität – Arbeitnehmende werden nicht mehr am Zusatzverdienst beteiligt

Die Lohnentwicklung muss sich grundsätzlich an zwei Komponenten orientieren, einerseits an der Entwicklung der Konsumentenpreise und andererseits an der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, also daran, wie viel die Arbeitgebenden pro Stunde verdienen.

Zwischen 2010 und 2020 entwickelten sich Reallöhne und Produktivität fast im Gleichschritt. Der Rückstand der Reallöhne fiel in diesem Zeitraum klein aus. Teilweise stiegen die Reallöhne sogar etwas stärker als die Produktivität. Seit etwa 2019 ist dies allerdings nicht mehr der Fall. Die Produktivität ist zwar weiter gestiegen, die Reallöhne stagnierten aber insgesamt.

Entwicklung der Produktivität und der Reallöhne 2010-2025

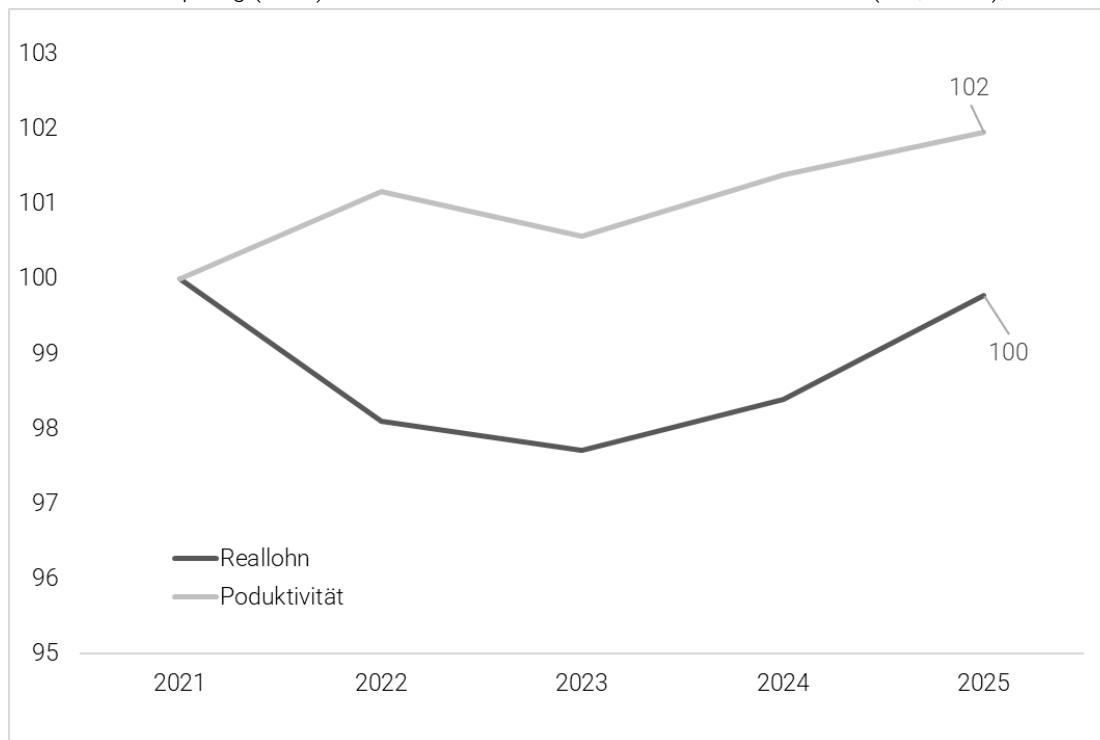
Reale Wertschöpfung (Seco) im Verhältnis zum tatsächlichen Arbeitsvolumen (BfS, AVOL), 2010-2025



Betrachtet man wiederum nur fünf Jahre, so relativiert sich das Bild zwar ein wenig. Trotzdem verbleibt ein Rückstand der Reallöhne auf die Produktivität von etwa zwei Prozent. Die Arbeitgeber haben somit pro Stunde Arbeit immer mehr verdient. Die Arbeitnehmenden wurden aber nicht an diesem Zusatzverdienst beteiligt.

Entwicklung der Produktivität und der Reallöhne 2010-2025

Reale Wertschöpfung (Seco) im Verhältnis zum tatsächlichen Arbeitsvolumen (BfS, AVOL), 2010-2025



Fazit

Ich komme zum Schluss. In diesem und im letzten Jahr konnten die Löhne nach einer tiefen Krise der Kaufkraft etwas an Boden gut machen. Das Bild ist nicht mehr ganz so düster wie noch vor zwei, drei Jahren. Zudem steigen die Konsumentenpreise in diesem und im kommenden Jahr voraussichtlich deutlich weniger stark. Die Löhne sind aber weiterhin im Rückstand und die Herausforderungen bei den Lebenshaltungskosten bleiben beträchtlich. Dies insbesondere aufgrund der anhaltend steigenden Krankenkassenprämien und stetig wachsenden Mieten.

Mit Lohnerhöhungen von durchschnittlich mindestens zwei Prozent für das kommende Jahr können verbleibende Lohnrückstände aufgeholt und eine angemessene Beteiligung an den Produktivitätsgewinnen sichergestellt werden. Das Ziel der diesjährigen Lohnverhandlungen bleibt damit der Kaufkrafterhalt. Von Kaufkrafterhöhungen kann weiterhin keine Rede sein.

Aufgrund der stetig steigenden Lebenshaltungskosten befinden wir uns auf einer Rolltreppe, die rückwärts läuft. Ohne Lohnerhöhungen sinkt die Kaufkraft der normalen Arbeitnehmenden auch weiterhin stetig. Vor allem mittelständische Familien drohen dadurch immer stärker unter die Räder zu kommen. Zu den geforderten Lohnerhöhungen sind denn auch weitere politische Massnahmen notwendig, insbesondere eine Erhöhung der Familienzulagen, mit welchen mittelständische Familien wirksam entlastet werden können.

Wie ich eingangs angedeutet habe, wäre eine stärkere finanzielle Unterstützung von Familien problemlos möglich etwa über eine höhere Progression bei den Einkommenssteuern oder höheren Vermögenssteuern. Denn die Schweiz braucht gerade jetzt – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der aktuellen weltwirtschaftlichen Situation – einen breiten Mittelstand mit einer starken Kaufkraft, der die Wirtschaft mit seiner Nachfrage von innen stabilisiert und keine Einkommens- und Vermögens-Aristokratie.

Lohnforderungen für 2026

Die Löhne müssen um durchschnittlich 2 Prozent steigen!

Die Empörung war gross: Ein Vollzeitlohn müsse nicht zum Leben reichen, sagte Roland A. Müller, Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes, an einer Kommissionssitzung im Juni. Aus Sicht von Syna ist ein solcher Affront nicht hinnehmbar. Im Gegenteil: Angesichts der stetig steigenden Krankenkassenprämien und Lebenshaltungskosten fordert die Gewerkschaft Syna eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 2 % über alle Branchen hinweg.

Yvonne Feri, Präsidentin Syna
es gilt das gesprochene Wort

Ausgangslage

Dass Roland A. Müller, der Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes, die Meinung vertritt, ein Vollzeitlohn müsse nicht zum Leben reichen, ist für Syna unverständlich. Was das im Alltag bedeutet, zeigt das Rechen-Beispiel einer Familie mit drei Kindern, die in einfachen Verhältnissen lebt. Der Vater arbeitet als Bauarbeiter EFZ und verdient gemäss Gesamtarbeitsvertrag Bauhauptgewerbe (LMV) zwischen 5'738.00 und 6000.00 Franken brutto im Monat (je nach Erfahrung und Arbeitgeber). Nach Abzügen aller Ausgaben wie Lebenshaltungs- und Sozialkosten sowie Steuern fällt die Bilanz Ende Monat im günstigsten Fall ausgeglichen aus. Die Bilanz kann aber durchaus negativ sein, die Ausgaben übersteigen dann die Einkünfte aus dem Lohn. Aus Sicht von Syna ist das untragbar.

Allgemein

Über alle Branchen hinweg gerechnet fordert Syna Lohnanpassungen von 2 %. Wie der Durchschnittswert vermuten lässt, gibt es grössere Unterschiede. In diversen Branchen wie bspw. dem Bäckereigewerbe gab es bereits einen automatischen Ausgleich auf die Löhne (Nominallöhne). Hier betragen die geforderten Lohnerhöhungen nur 0.4-0.5%. In anderen Branchen hingegen besteht beträchtlicher Nachholbedarf, nachdem in den letzten Jahren keine, beziehungsweise keine hinreichende Anpassungen an die deutlich gestiegenen Lebenshaltungskosten, vorgenommen wurden. Hier sind die Lohnforderungen höher, wie die nachfolgende Auflistung zeigt.

Bauhauptgewerbe und Gleisbau

Die Verhandlungen des Landesmantelvertrages (LMV) und des GAVs Gleisbau finden im Normalfall gleichzeitig statt und werden auf einander abgestimmt.

Seit dem 7. Juli sind die Verhandlungen um einen neuen Landesmantelvertrag (LMV) in Gang. Sie dauern voraussichtlich bis Ende 2025. Die Lohnforderungen für 2026 fliessen hier ein... Nach den ausbleibenden oder nur sehr bescheidenen Lohnerhöhungen in den Vorjahren braucht es im kommenden Jahr eine substanzielle Erhöhung der Mindest- und Reallöhne deutlich über der Teuerung. Syna fordert eine Nominalloohnerhöhung in beiden Branchen von mindestens 2 Prozent und eine ebensolche Anpassung der Mindestlöhne.

Ausbaugewerbe Westschweiz

In dieser Branche, welche etwa die Schreiner, Zimmerei, Dachdecker, Plattenleger oder Glaserarbeiten der Westschweiz umfasst, wurden die Lohnerhöhungen bis 2027 mit den Verhandlungen des GAV verhandelt. Alle Löhne werden per 01.01.2026 um 0.25 CHF/Stunde und um die Teuerung (Konsumentenpreisindex, Wert Ende August) erhöht. Dies entspricht voraussichtlich ca. 55.00 CHF/Monat bzw. eine Erhöhung von 1%.

Holzbaugewerbe

Hier betragen die Forderungen neben dem Teuerungsausgleich 1 % mehr Lohn auf die effektive Löhne und auf die Mindestlöhne

Dienstleistungsbranchen

Detailhandel: Tankstellenshops

Mitte Jahr konnten die Verhandlungen für den neuen GAV Tankstellenshops abgeschlossen werden. Die Löhne für alle Lohnstufen werden in den nächsten 3 Jahren jährlich um 40.00 CHF erhöht. Der neue GAV sollte per 01.01.2026 allgemeinverbindlich erklärt werden. Dadurch müssen sich alle Tankstellenshops in der Schweiz an die ausgehandelten Minimalbedingungen halten.

Lidl

Bei Lidl, wo die nächsten Lohnverhandlungen im Januar stattfinden, sieht die Situation anders aus: Weil der Discounter bereits den höchsten Mindestlohn im Detailhandel hat, besteht hier kaum Nachholbedarf.

Bäckereien

Seit dem 1. Juli 2025 ist der neue Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für das Bäcker-, Konditoren- und Confituregewerbe in Kraft. Bereits per 1. Januar 2025 wurden die Mindestlöhne je nach Qualifikation und Dienstjahren um 3,1 bis 7,7 Prozent angehoben. Neu eingeführt wurde zudem eine zusätzliche Lohnkategorie: Ungelernte Mitarbeitende mit mindestens drei Dienstjahren erhalten einen monatlichen Zuschlag von 50 Franken. Und dank des automatischen Teuerungsausgleichs halten die Löhne künftig mit der Inflation Schritt.

Reinigung Deutschschweiz

Für die Reinigungsbranche in der Deutschschweiz wurde ein neuer Gesamtarbeitsvertrag (GAV) ausgehandelt, der per 1. Januar 2026 in Kraft tritt. Die Mindestlöhne werden dabei um 3 Prozent erhöht – ein erster Schritt zur Schliessung des bestehenden Lohnrückstands gegenüber anderen Regionen.

So liegt der aktuelle Basisstundenlohn in der Kategorie «Unterhaltsreinigung I» mit 20.80 Franken deutlich unter den kantonalen Mindestlöhnen sowie unter dem GAV-Lohnniveau der Romandie

(21.25 Franken). Eine weitere Erhöhung der Mindestlöhne ist bereits für den 1. Januar 2028 vorgesehen.

Ein automatischer Teuerungsausgleich ist im GAV nicht vorgesehen. Die Möglichkeit für Lohnverhandlungen besteht jedoch, sofern die Teuerung einen Schwellenwert erreicht. Dieser Schwellenwert wurde im neuen Vertrag von 2 auf 1.5 Prozent gesenkt – was die Hürde für Verhandlungen senkt und die Reaktion auf wirtschaftliche Entwicklungen erleichtert. Zusätzlich wird zurzeit eine Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) des neuen GAV beantragt.

Gesundheitswesen

Syna fordert für das Jahr 2026 substanzielle Lohnerhöhungen für die Beschäftigten in der Gesundheits- und Pflegebranche in der Höhe von durchschnittlich 4 %. Die Forderung basiert einerseits auf dem nicht erfolgten Teuerungsausgleich in den letzten Jahren und andererseits auf der Notwendigkeit, die Gesundheitsberufe aufzuwerten:

Teuerungsausgleich: Die kumulierte Teuerung in den Jahren 2022 bis 2025 wurde von den Arbeitgebenden bislang unzureichend ausgeglichen. Diese Lohnlücke muss ausgeglichen werden. Aufgrund spürbarer Preissteigerungen – etwa bei Mieten, Krankenkassen, Energie und Lebensmitteln – fordern wir eine Lohnerhöhung von +2,4 % als vollen Teuerungsausgleich, um die reale Kaufkraft zu sichern.

Massnahme zur Aufwertung der Gesundheitsberufe: Eine strukturelle Lohnerhöhung von 1.6 % soll zur Aufwertung der Gesundheitsberufe beitragen .

Umsetzung der Pflegeinitiative: Die vom Volk 2021 deutlich angenommene Pflegeinitiative wird nur schleppend umgesetzt. Wichtige Massnahmen, insbesondere im Bereich der Arbeitsbedingungen und Löhne, sind noch nicht realisiert. Die Löhne und Arbeitsbedingungen müssen dieser gesellschaftlichen Anerkennung endlich gerecht werden. Am 22. November 2025 findet darum in Bern eine Grossdemo für das Gesundheitspersonal statt. Je mehr Personen mit uns auf der Strasse für bessere Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen kämpfen, desto mehr werden unsere Stimmen gehört.

Industrie

Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM)

Es sind schwierige Zeiten für die Industrie. Hohe Zölle für Exporte in die USA bei einer gleichzeitig starken Abwertung der US-amerikanischen Währung, sowie, Unsicherheiten über die Entwicklungen der Weltwirtschaft machen der Branche zu schaffen. Syna beobachtet diese Trends genau und passt ihre Forderungen der Situation in den einzelnen Industrie-Sektoren laufend an. Die Lohnverhandlungen werden dezentral geführt und erlauben entsprechend eine sehr flexible Handhabung.

Als Grundlage für die Lohnforderungen für das Jahr 2026 dienen insbesondere zwei Komponenten, die aufgelaufene Teuerung und die Aufwärtung der Industriebetriebe. Diese zwei Komponenten führen zu einer Lohnforderung von 3.5 Prozent für Betriebe, welche nicht von den Zöllen in die USA betroffen sind::

1. Teuerung & Kaufkraftverlust:

Die kumulierte Teuerung und die höheren Krankenkassenprämien 2022 bis 2025 belasten die

Haushalte stark.

Forderung: +2,4 % genereller Ausgleich für die aufgelaufene Teuerung und die höheren Lebenshaltungskosten, insbesondere durch die höheren Krankenkassenprämien für alle.

2. Industriebetriebe aufwerten :

Zur Sicherung der Innovationskraft und zur Gewinnung sowie Bindung qualifizierter Fachkräfte sind bessere Arbeitsbedingungen notwendig.

Forderung: +1,1 % reale Lohnerhöhung als strukturelle Aufwertung.

Syna fordert das Parlament zudem auf, einer weiteren Verlängerung der Kurzarbeit rasch zuzustimmen, damit die betroffenen Unternehmen unterstützt werden und die Arbeitnehmenden in den Betrieben bleiben können. Fazit: Die MEM-Industrie braucht motivierte, qualifizierte und gerecht entlohnte Mitarbeitende. Die Zeit ist reif für einen klaren Schritt in Richtung Kaufkraftverlust, Attraktivität und sozialer Gerechtigkeit. Syna fordert, dass die Erfolge der Branche fair auf alle Schultern verteilt werden.

Chemie- und Pharmaindustrie Syna fordert für das Jahr 2026 eine gezielte Lohnerhöhung von 3.7% für die Beschäftigten der Chemie- und Pharmabranche – basierend auf zwei zentralen Komponenten:

1. Spürbare Teuerung – Kaufkraft sichern:

Die stark gestiegenen Lebenshaltungskosten 2024/2025 – insbesondere bei Mieten, Gesundheits- und Energiekosten – belasten die Haushalte erheblich.

Forderung: +2,4 % genereller Ausgleich für die aufgelaufene Teuerung und die Krankenkassenprämien für alle Beschäftigten.

2. Fachkräftemangel in Schlüsselpositionen:

Die Branche leidet unter zunehmendem Personalmangel, was Innovationsfähigkeit und Wachstumspotenzial gefährdet. Arbeitgeber müssen finanziell attraktivere Bedingungen schaffen.

Forderung: +1,3 % reale Lohnerhöhung zur Stärkung von Schlüsselqualifikationen und Mitarbeiterbindung.

Weitere Auskünfte:

Yvonne Feri, Präsidentin, yvonne.feri@syna.ch

Nora Picchi, Leiterin Gewerkschaftspolitik, nora.picchi@syna.ch, 079 828 14 73

Bern, den 19. August 2025

Medienkonferenz Travail.Suisse – Greta Gysin, Nationalrätin & Präsidentin transfair
Es gilt das gesprochene Wort.

JETZT IST ZEIT FÜR ECHTE LOHNCORREKTUREN

Die Löhne im Service Public konnten auf 2025 erstmals seit Jahren wieder einigermaßen mit der Teuerung Schritt halten – ein wichtiges Signal. Der Lohnrückstand bleibt aber in vielen Branchen des Service Public gross. Gleichzeitig schnüren Bund und bundesnahe Betriebe massive Sparpakete, die die Arbeitsbedingungen unter Druck setzen. Es braucht nun starke Lohnabschlüsse – als Zeichen der Wertschätzung und zur Sicherung der Kaufkraft.

Lohnmassnahmen 2025 über der Teuerung – aber nicht nachhaltig gesichert

Die Lohnabschlüsse 2025 fielen besser aus als jene der letzten Jahre. Bei der SBB und SBB Cargo wurden Lohnsummenerhöhungen von 1,5 Prozent sowie Einmalzahlungen bis 500 Franken erreicht. Swisscom erhöhte die Lohnsumme um 1,3 Prozent, mit Fokus auf tiefere Einkommen. Auch bei der Post konnte mit bis zu 1,6 Prozent schliesslich ein gutes Resultat erzielt werden. Selbst in der Bundesverwaltung wurde mit 1 Prozent ein wichtiger Schritt gemacht. Damit lagen die Abschlüsse mehrheitlich über der durchschnittlichen Jahresteuierung 2024 von 1,1 Prozent, wenn auch nicht alle Mitarbeitenden gleichermassen davon profitierten: Der generelle Anteil der Erhöhungen reichte von 0,5 bis 0,8 Prozent.

Die Fortschritte stehen allerdings auf wackligen Beinen: In allen Branchen von transfair, namentlich im öffentlichen Verkehr, in der ICT-Branche, in der Post- und Logistikbranche sowie in der öffentlichen Verwaltung, sind Sparmassnahmen angekündigt oder bereits in Umsetzung – mit direkten Folgen für das Personal.

Lohnforderungen 2026: Die Zeit ist reif!

transfair fordert für 2026 in seinen Branchen Lohnerhöhungen zwischen 2 und 5 Prozent – abhängig von der jeweiligen Situation der Unternehmen. Die Forderungen basieren dabei auf dem Ausgleich der aktuellen und aufgelaufenen Teuerung, strukturellen Anpassungen, einem Beitrag an die erneut steigenden Krankenkassenprämien sowie einer Reallohnkomponente. Da die Teuerung 2025 voraussichtlich gering ausfallen wird, ist für transfair jetzt die Zeit reif für die Kompensation der angehäuften Reallohnverluste der letzten Jahre.

Im Spezialfall der öffentlichen Verwaltung sind die Lohnverhandlungen bereits in vollem Gange: Für die Lohnmassnahmen des Bundes sind aktuell 0,5 Prozent vorgesehen, womit zumindest die Teuerung gedeckt wäre.

Warum ein guter Lohnabschluss jetzt besonders wichtig ist

Die Sparpakete in der Bundesverwaltung, bei der Post, im öffentlichen Verkehr oder bei Swisscom setzen das Personal stark unter Druck. Die Bundesverwaltung musste dieses Jahr bereits eine Querschnittskürzung auf dem Personalkredit von 0,5 Prozent verkraften, durch das Entlastungspaket 2027 müssen insgesamt 200 weitere Millionen beim Personal eingespart werden. Auch bei der Post laufen mehrere Restrukturierungsprogramme, während gleichzeitig die Arbeitsbelastung steigt. In der ICT-Branche drohen durch Automatisierung und Effizienzmassnahmen grosse Unsicherheiten. Und das öV-Personal bewältigt Tag und Nacht die weiter steigende Kundennachfrage.

Ein starker Lohnabschluss ist ein klares Zeichen der Anerkennung für die geleistete Arbeit im Service Public. transfair fordert für 2026 endlich echte Lohnkorrekturen. Nur so bleibt der Service Public attraktiv, leistungs- und zukunftsfähig.

Für weitere Informationen:

Greta Gysin, Nationalrätin & Präsidentin von transfair, 079 409 33 10.

Geschätzte Medienschaffende
Sehr geehrte Damen und Herren

Noch vor einem Jahr war die sozialpolitische Ausgangslage im Landes-Gesamtarbeitsvertrag des Gastgewerbes, kurz L-GAV, festgefahren: Der Arbeitgeberverband GastroSuisse hatte sich seit 2019 aus dem Verhandlungsprozess zurückgezogen und die Verhandlungen 6 lange Jahre blockiert. Eine derart einseitige Blockadehaltung konnte und durfte nicht das letzte Wort sein – nicht für eine Branche, die auf faire Arbeitsbedingungen, verlässliche Regeln und soziale Stabilität angewiesen ist, um den Herausforderungen des Arbeitskräftemangels zu begegnen. Heute stehen wir an einem Wendepunkt. Die Hotel & Gastro Union als grösste Arbeitnehmerorganisation der gastgewerblichen Berufe begrüsst ausdrücklich, dass GastroSuisse an den Verhandlungstisch zurückgekehrt ist. Dieser Schritt war überfällig – und er zeigt: Es weht ein neuer Wind.

Dank der Wiederaufnahme des Dialogs ist es gelungen, für die Jahre 2026 und 2027 eine Übergangslösung bei den Mindestlöhnen zu vereinbaren, anstatt sich einem Schiedsgericht zu streiten. Die Mindestlöhne werden jährlich automatisch der Teuerung angepasst, und der L-GAV wird bis Ende 2027 verlängert. Diese zweijährige Lösung schafft Planungssicherheit für die Betriebe und die Arbeitnehmenden und verschafft uns Zeit, die L-GAV-Verhandlungen seriös und ausgewogen zu führen. Es ist aber klar: Sie können nur der Auftakt zu mehr sein.

Denn unsere Branche braucht einen starken, modernen L-GAV. Und deshalb stehen nun ab Herbst die eigentlichen L-GAV-Verhandlungen an. Der Zeitplan ist gesetzt: Ziel ist eine Einigung bis Ende 2026, damit das Jahr 2027 für der Verfahren um Allgemeinverbindlicherklärung genutzt werden kann – damit ein neuer GAV nahtlos auf den alten per 1. Januar 2028 in Kraft gesetzt und allgemeinverbindlich erklärt wird.

Die Forderungen der Hotel & Gastro Union sind breit abgestützt, konkret und dringend notwendig. Im Zentrum steht die finanzielle Aufwertung der Arbeit im Gastgewerbe:

Unsere wichtigsten Lohnforderungen sind:

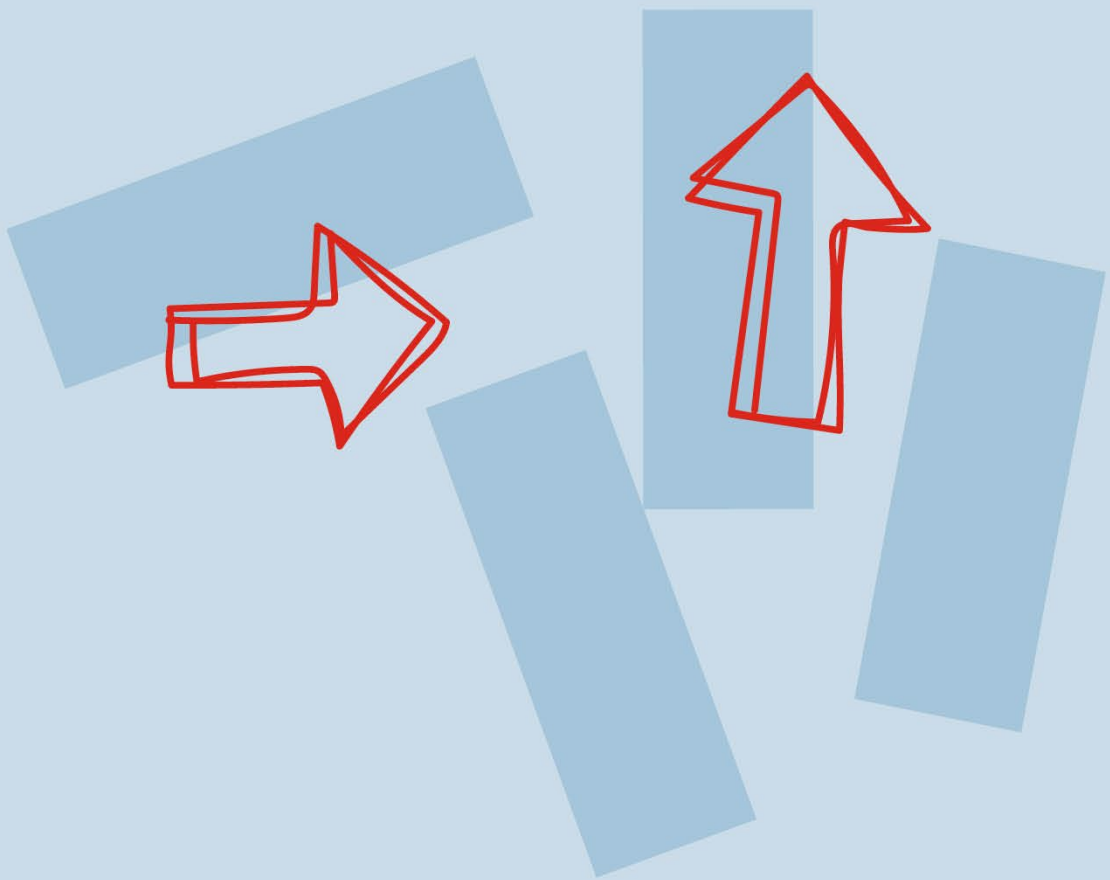
- **Generelle Erhöhung der Mindestlöhne** für alle Lohnkategorien. Insbesondere gelernte Fachkräfte auf **Stufe EFZ sollen mindestens 5'000.00 Franken** verdienen.
- **Automatischer Teuerungsausgleich auf Mindest- und Effektivlöhne** – damit die Kaufkraft gesichert bleibt und Lohnerhöhungen nicht sofort durch höhere Lebenskosten aufgeessen werden.
- **Die Einführung von neuen, mindestlohnrelevanten Erfahrungsstufen**, um Know-how und Treue zur Branche zu honorieren.
- **Einführung von Wochenend-, Feiertags- und Nachtzulagen**, um die unattraktiven Arbeitszeiten attraktiver zu gestalten.

Diese Forderungen sind nötig, um die Branche als Arbeitgeberin attraktiv und konkurrenzfähig zu halten. Und sie sind Ausdruck unseres Anspruchs: Wer im Gastgewerbe arbeitet, verdient nicht nur Respekt – sondern auch anständige Löhne.

Wir freuen uns auf konstruktive Verhandlungen – und erwarten, dass alle Sozialpartner ihren Teil dazu beitragen.

Analyse zu den Lohnforderungen 2026

**2 Prozent mehr Lohn –
zur Deckung höherer Lebenshaltungs-
kosten, einer gerechten Beteiligung an
den Produktivitätsgewinnen und für
eine Stabilisierung der Konjunktur**



August 2025

Inhalt

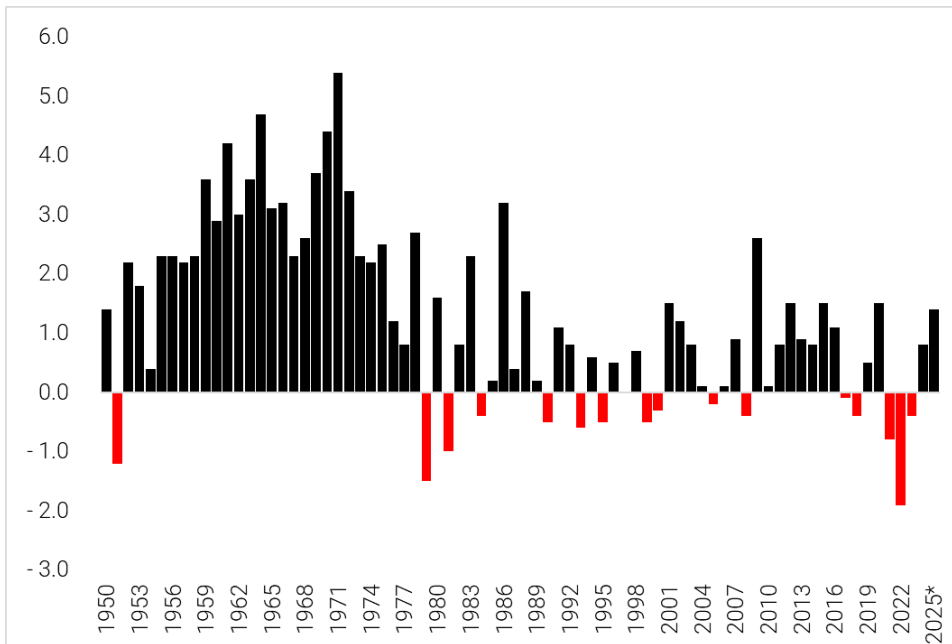
1) Langsame Erholung der Reallöhne nach historischer Krise	2
2) Geringeres Wachstum der Konsumentenpreise – anhaltend stark steigende Lebenshaltungskosten	7
3) Die Unternehmen verdienen pro Stunde Arbeit immer mehr – höhere Produktivität schafft Spielräume für Lohnerhöhungen	10
4) Stärkung des Binnenmarktes – eine stabile Nachfrage im Inland sichert Arbeit und Einkommen.....	16
5) Fazit	17

Langsame Erholung der Reallöhne nach historischer Krise

Die Reallöhne sanken in den Jahren 2021-2023 in einem für die Nachkriegszeit beispiellosen Ausmass. In den Jahren 2024 und 2025 zeigt sich nun eine deutliche Erholung dank wachsenden Nominallöhnen und einer tieferen Inflation.

Historische Reallohnentwicklung – Wachstum im Vergleich zum Vorjahr 1950-2025

Bundesamt für Statistik, 1950-2025

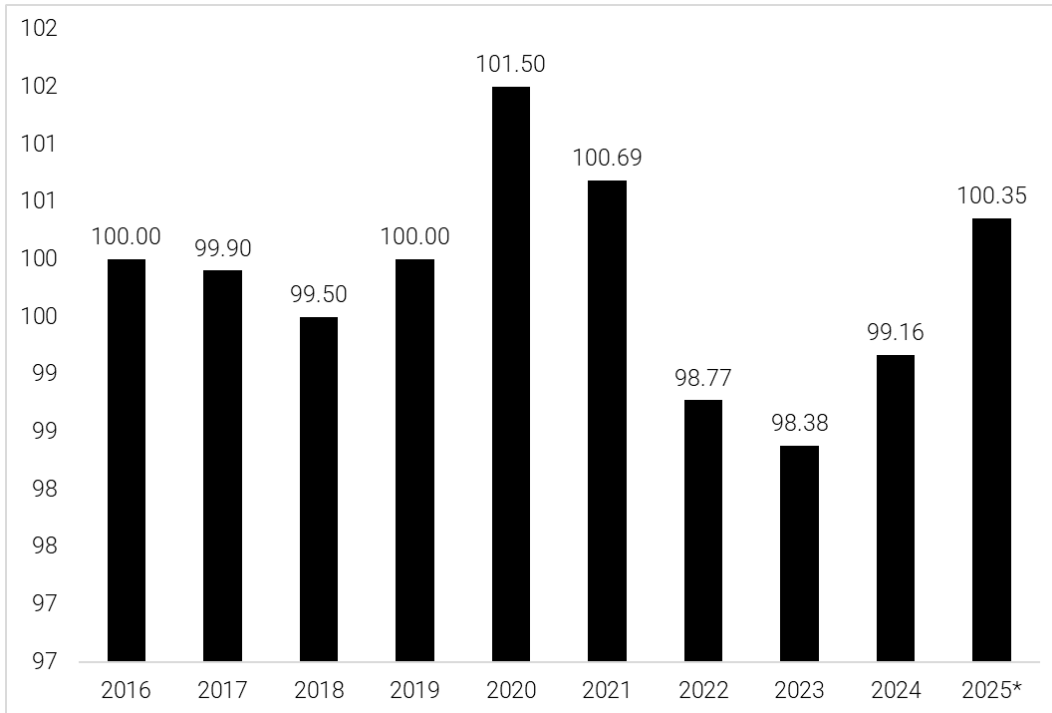


*Reallohn 2025: UBS Outlook Schweiz für 2025 (1.4%), bedingte Inflationsprognose Juni 2025 Schweizerische Nationalbank (0.2%)

Trotz der Erholung im letzten und in diesem Jahr liegen die Reallöhne aber weiterhin unterhalb des Niveaus von 2020 und 2021.

Reallohnentwicklung – letzte 10 Jahre

Bundesamt für Statistik, 2016-2025, Index

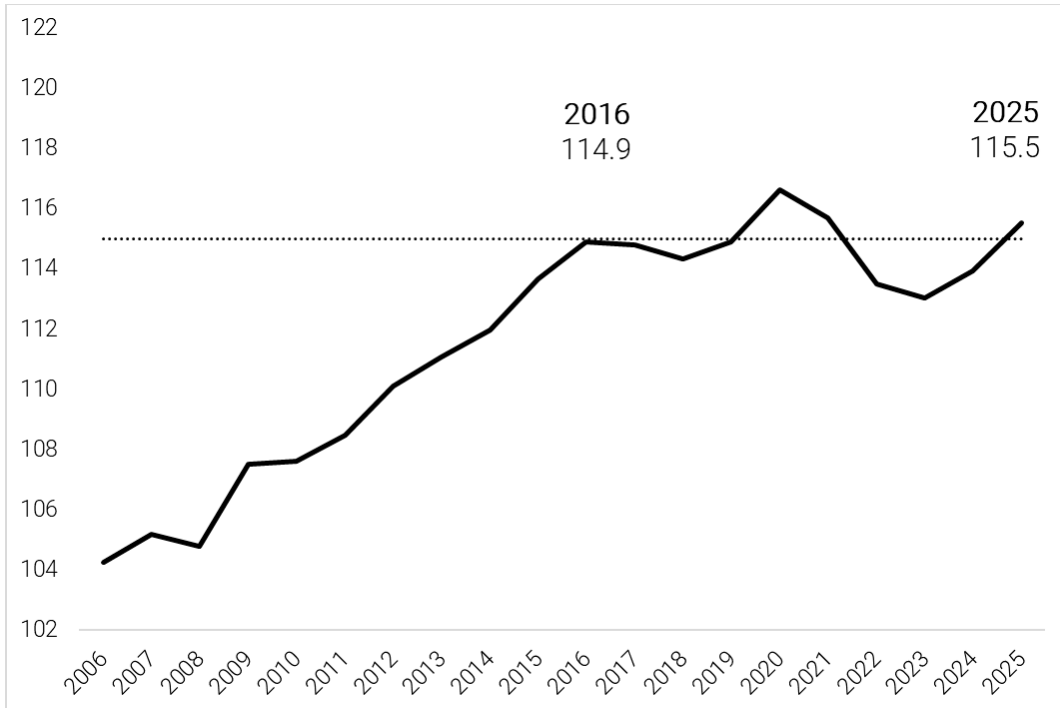


*Reallohn 2025: UBS Outlook Schweiz für 2025 (1.4%), bedingte Inflationsprognose Juni 2025 Schweizerische Nationalbank (0.2%)

Seit dem Jahr 2016 zeigt sich somit insgesamt eine Stagnation der Reallöhne.

Reallohnentwicklung 2006-2025

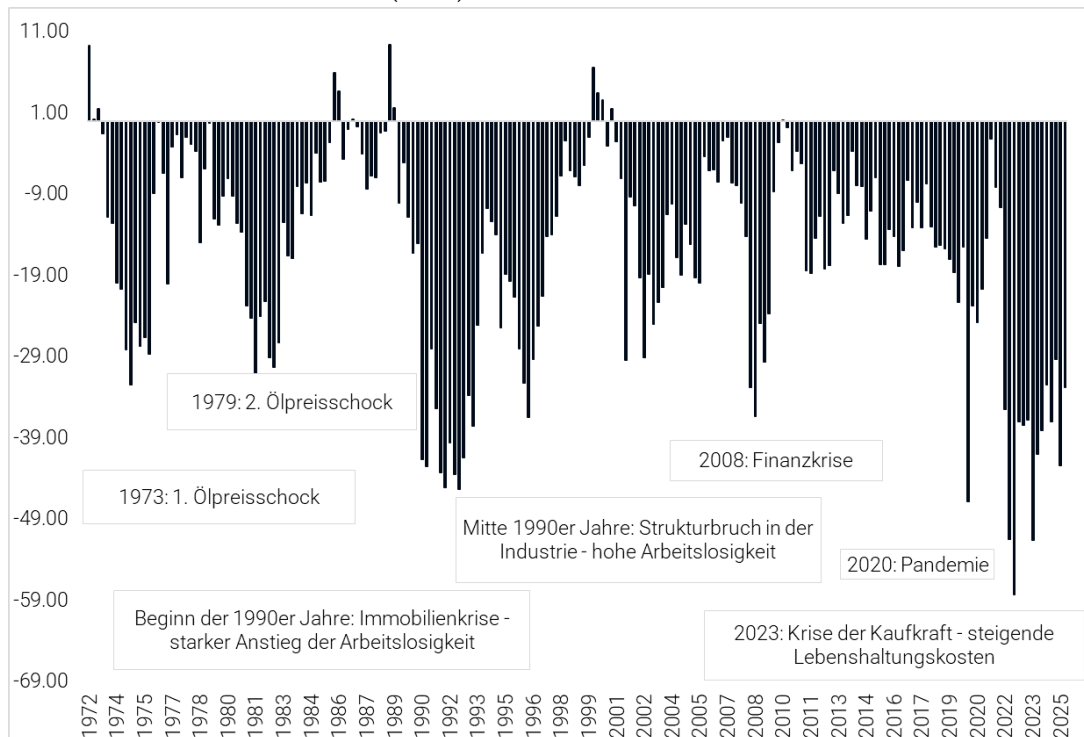
Bundesamt für Statistik, 2006-2025, Index



Der temporäre Rückgang der Reallöhne hat zu einer stark verschlechterten Konsumentenstimmung geführt.

Konsumentenstimmung

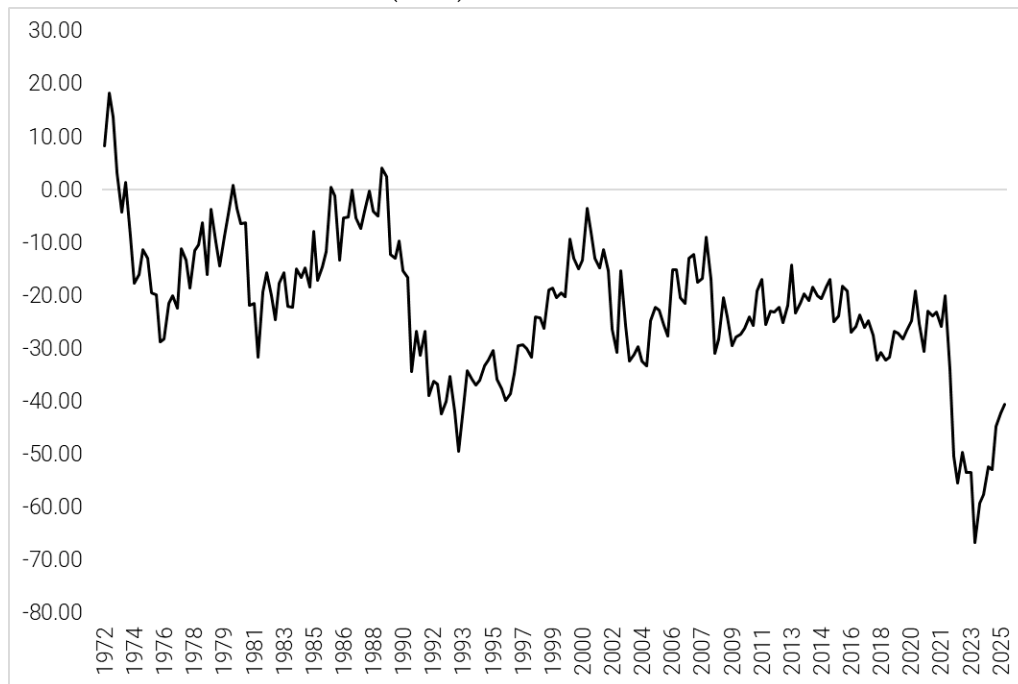
Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), 4.Quartal 1972-3.Quartal 2025



Trotz den wachsenden Reallöhnen in den Jahren 2024 und 2025 bleibt die finanzielle Lage der Haushalte insgesamt deutlich schlechter als in den vorhergehenden 20 Jahren.

Konsumentenstimmung – vergangene finanzielle Lage

Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), 4.Quartal 1972-3.Quartal 2025



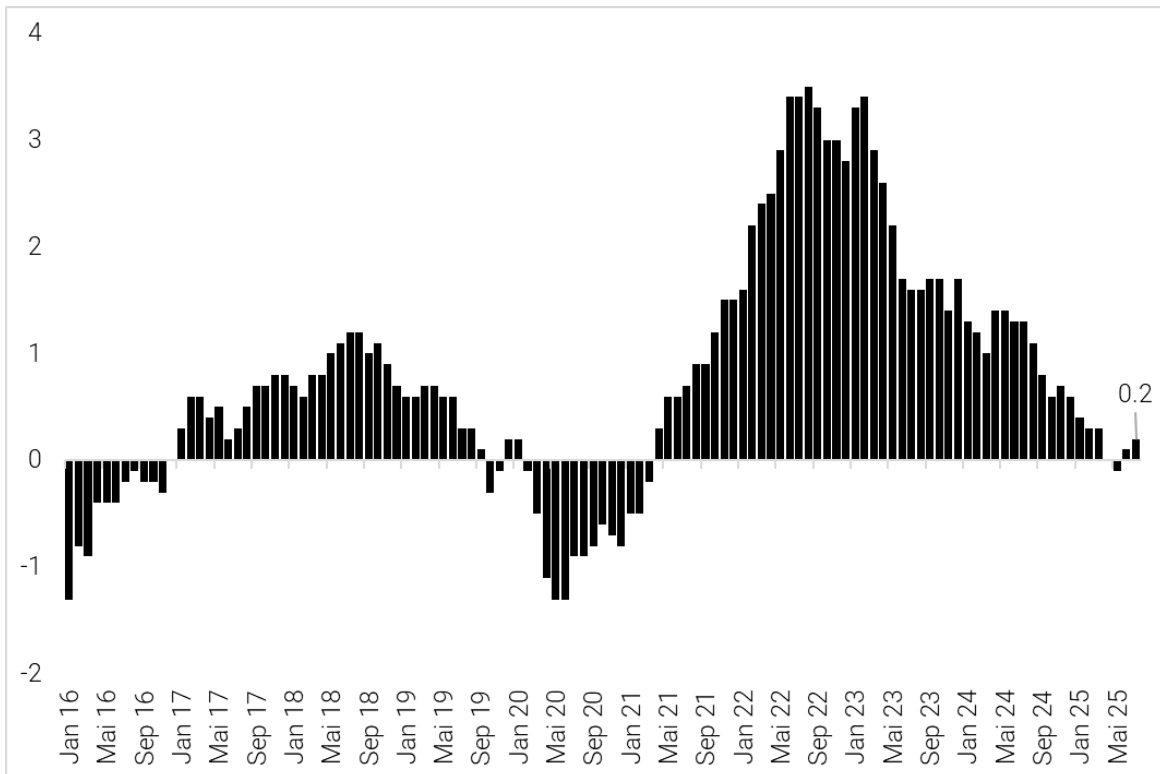
Den Befragten wird im Rahmen der Erhebung zur Konsumentenstimmung folgende Frage gestellt: Wie hat sich Ihrer Ansicht nach die finanzielle Lage Ihres Haushalts in den letzten zwölf Monaten entwickelt?

Geringeres Wachstum der Konsumentenpreise – anhaltend stark steigende Lebenshaltungskosten

Das Wachstum der der Konsumentenpreise, welches insbesondere in den Jahren 2022 und 2023 sehr hoch ausfiel, hat sich stark verlangsamt und betrug im Juli 2025 im Vergleich zum Vorjahr noch 0.2%.

Landesindex der Konsumentenpreise – Veränderung zum Vorjahresmonat

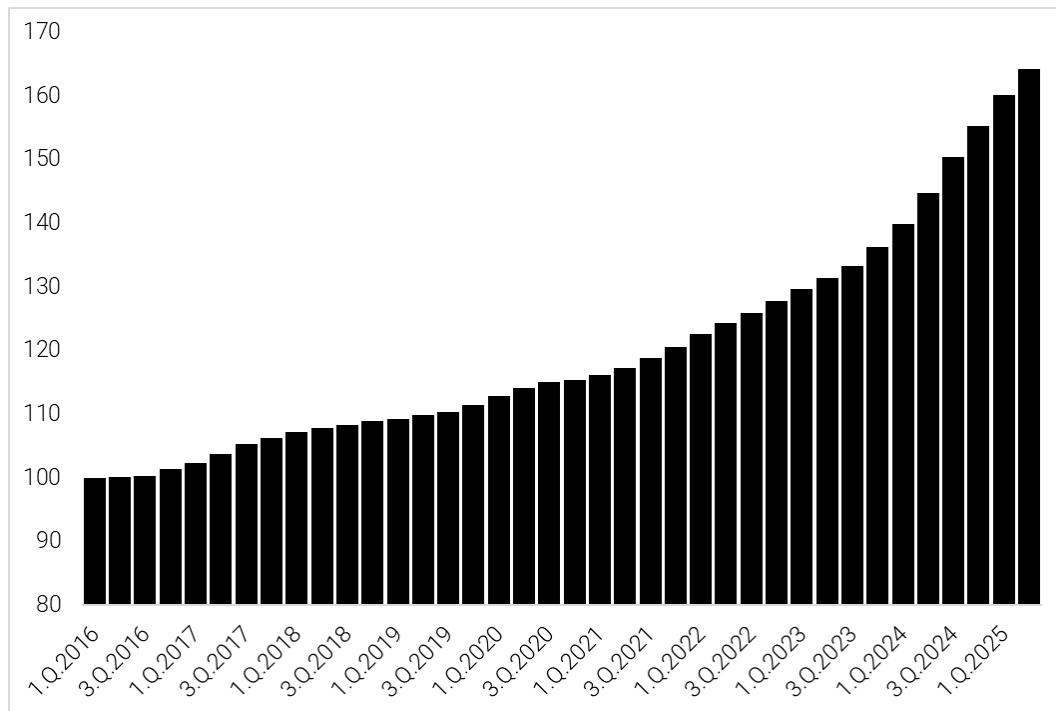
Bundesamt für Statistik (LIK), Januar 2016-Juli 2025, Veränderung in %



Zwischen August 2024 und Juli 2025 sanken insbesondere die Preise für Elektrizität, Heizöl, Benzin und Autos. Gleichzeitig stiegen die Wohnungsmieten weiter markant an. Im 2. Quartal 2025 betrug die Preissteigerung im Vergleich zum Vorjahresquartal 2.6 Prozent.

Mietpreisindex

Bundesamt für Statistik, 1. Quartal 2016-2. Quartal 2025, 1.Quartal 2016 = 100



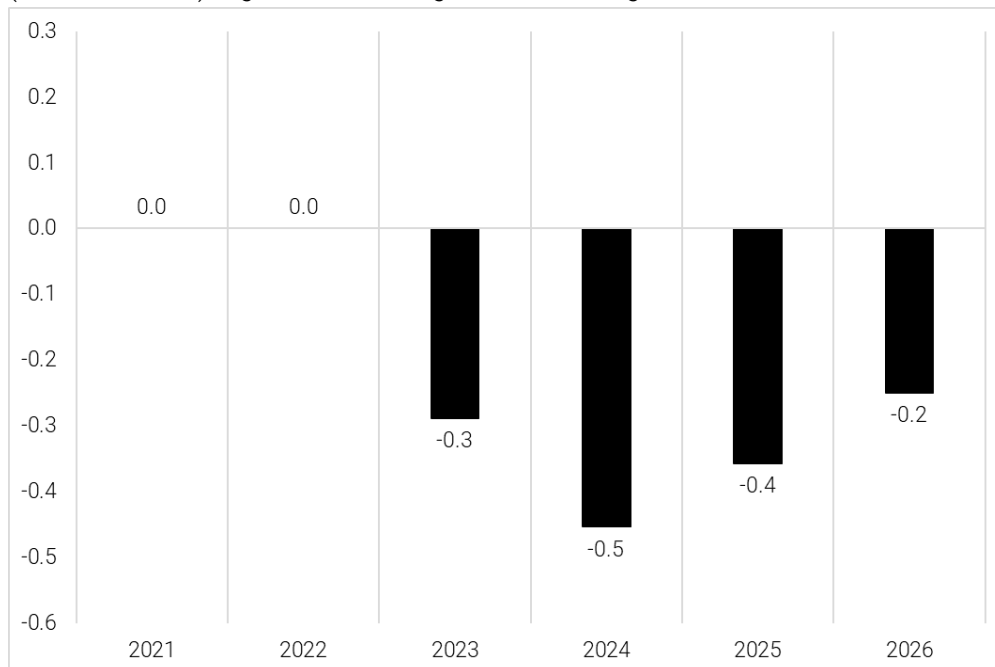
Neben den höheren Konsumentenpreisen führen vor allem die höheren Krankenkassenprämien zu höheren Lebenshaltungskosten. Sie werden nicht in den Konsumentenpreisen abgebildet.

In den Jahren 2023 bis 2025 stiegen die Krankenkassenprämien zwischen 5.4 und 8.1 Prozent. Im Jahr 2026 wird ein weiterer Anstieg der Krankenkassenprämien um 4 Prozent prognostiziert.¹

Bei einem mittleren Einkommen (Median) führt die starke Erhöhung der Krankenkassenprämien zwischen 2023 und 2026 zu einer jährlichen Einkommensreduktion zwischen 0.2 und 0.5 Prozent.

Krankenkassenprämie: Reduktion eines mittleren Einkommens einer erwachsenen Person durch eine durchschnittliche Erhöhung der obligatorischen Krankenkassenprämie

Bundesamt für Gesundheit (mittlere Prämie für Erwachsene), Bundesamt für Statistik (LSE, Lohnindex), eigene Berechnungen, Veränderung in %



*Für das Jahr 2026 wird die Prognose von Comparis verwendet (=4%)

Unter Berücksichtigung der Einkommensreduktion durch die Krankenkassenprämien die höheren Konsumentenpreise (Inflation) und die bereits gewährten durchschnittlichen Lohnerhöhungen gemäss dem Lohnindex des Bundesamts für Statistik ergibt sich für das Jahr 2026 eine Kaufkraftlücke von etwas mehr als 2 Prozent.

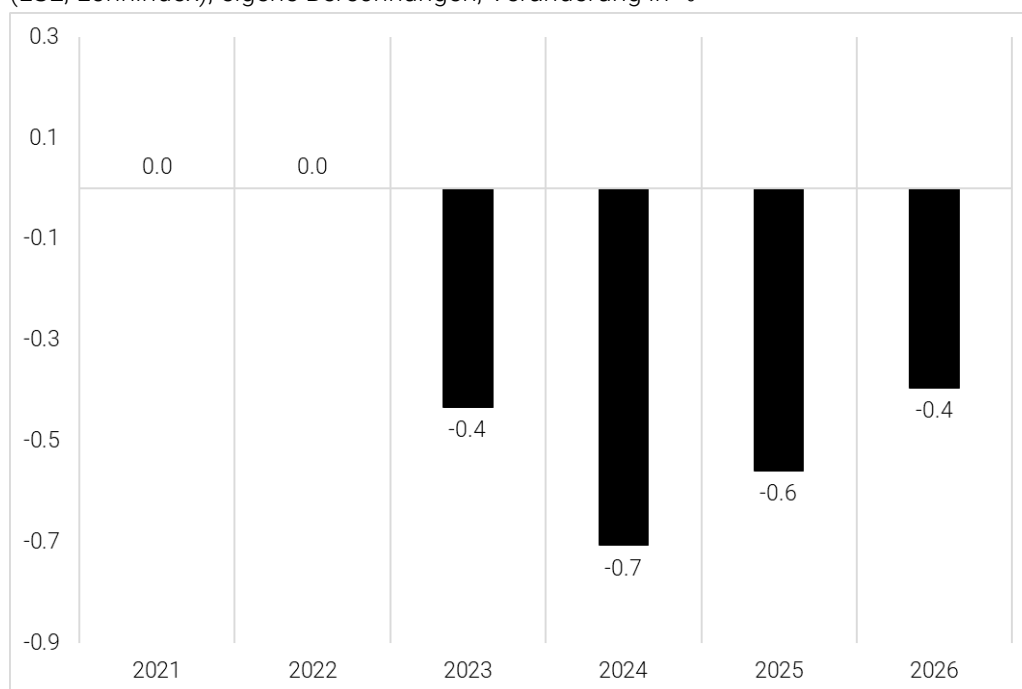
¹ <https://www.comparis.ch/krankenkassen/praemien/prognose-trend>

	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2021- 2025	2022- 2026
Krankenkassen- prämien	0.0	0.0	-0.3	-0.5	-0.4	-0.2	- 1.1	- 1.3
Inflation	-0.6	-2.8	-2.1	-1.1	-0.2	-0.5	- 6.8	- 6.7
Lohnerhöhungen	-0.2	0.9	1.7	1.8	1.4		+5.6	+5.8
Summe							-2.3	-2.2

Stärker wirkt sich der Prämienanstieg bei Familien aus. Bei Annahme eines mittleren Familieneinkommens von 10'861 Franken² im Jahr 2022 führt die Erhöhung der Krankenkassenprämie beider Elternteile, sowie der etwas tieferen Zunahme der Krankenkassenprämien bei Kindern in den Jahren 2023-2026 zu einer jährlichen Einkommensreduktion zwischen 0.4 und 0.8 Prozent.

Krankenkassenprämie: Reduktion eines mittleren Familieneinkommens einer Familie mit zwei Kindern durch eine durchschnittliche Erhöhung der obligatorischen Krankenkassenprämien

Bundesamt für Gesundheit (mittlere Prämie für Erwachsene), Bundesamt für Statistik (LSE, Lohnindex), eigene Berechnungen, Veränderung in %



*Für das Jahr 2026 wird sowohl für Erwachsene wie auch für Kinder die Prognose von Comparis verwendet (=4%)

² Die Haushaltsbudgeterhebung des Bundesamts für Statistik berechnet für Paare mit zwei Kindern ein mittleres Bruttoeinkommen von 14'433 Franken pro Monat für die Jahre 2020/2021. Travail.Suisse verwendet als Näherungswert das 1.6-fache des mittleren Einkommens einer vollzeiterwerbstätigen Einzelperson.

Unter Berücksichtigung der Einkommensreduktion durch die Krankenkassenprämien die höheren Konsumentenpreise (Inflation) und die bereits gewährten durchschnittlichen Lohnerhöhungen gemäss dem Lohnindex des Bundesamts für Statistik ergibt sich für Familien für das Jahr 2026 eine Kaufkraftlücke von etwa 3 Prozent.

	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2021- 2025	2022- 2026
Krankenkassen- prämien	0.0	0.0	-0.4	-0.7	-0.6	-0.4	-1.7	-2.1
Inflation	-0.6	-2.8	-2.1	-1.1	-0.2	-0.5	-6.8	-6.7
Lohnerhöhungen	-0.2	0.9	1.7	1.8	1.4		+ 5.6	+ 5.8
Summe							-2.9	-3.0

Insbesondere für Familien sind somit Prämienverbilligungen und Familienzulagen entscheidend dafür, dass die Kaufkraft erhalten werden kann.

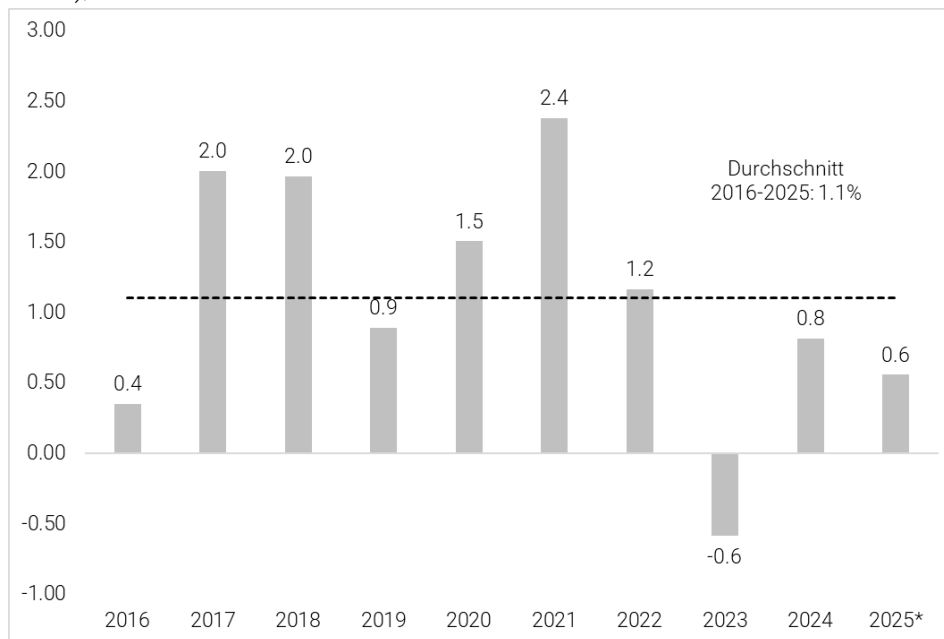
Unter Berücksichtigung der seit dem 1. Januar 2025 um 15 Franken pro Kind erhöhten Kinderzulagen und ohne Berücksichtigung allfälliger Prämienverbilligungen, müssen die Familienzulagen deshalb zusätzlich um etwa 30 Franken pro Kind erhöht werden, damit die Kaufkraft von Familien erhalten werden kann.

Die Unternehmen verdienen pro Stunde Arbeit immer mehr – die höhere Produktivität schafft Spielräume für Lohnerhöhungen

Die Unternehmen in der Schweiz haben in den letzten 10 Jahren pro Arbeitsstunde stetig mehr verdient. Dies entspricht einer Zunahme der Produktivität. Im Durchschnitt stieg die Produktivität in den letzten 10 Jahren um 1.1 Prozent.

Wachstum der Produktivität 2016-2025

Reale Wertschöpfung (Seco) im Verhältnis zum tatsächlichen Arbeitsvolumen (BfS, AVOL), Wachstum in %



* Für das Jahr 2025 wird die Prognose des Seco für das Wachstum der realen Wertschöpfung und die Prognose der KOF Konjunkturforschungsstelle zur vollzeitäquivalenten Beschäftigung als Näherungswert verwendet.

Sofern die Produktivitätsgewinne nicht gleichmässig zwischen Arbeitnehmenden und Arbeitgebern verteilt werden, steigt die Ungleichheit. Steigen die Reallöhne unterhalb des Produktivitätswachstums, dann verlieren die Arbeitnehmenden im Verhältnis zu Arbeitgeber:innen und/oder Aktionär:innen.

Beispiel 1: Erhöhung der Reallöhne entsprechend den Produktivitätsgewinnen – keine Zunahme der Ungleichheit mit stabiler Lohnquote

Jahr	Anzahl Arbeitnehmende im Betrieb	Reale Wertschöpfung	Produktivität	Produktivitätszuwachs	Lohnsumme	Lohn pro Arbeitnehmende	Kapitalertrag (Summe)	Wachstum Kapitalertrag	Lohnkosten im Verhältnis zur Wertschöpfung
1	100	1'00'000	10'000	-	800'000	8'000	200'000	-	800'000/1'000'000=80%
2	100	1'200'000	12'000	*1.2	960'000	9'600	240'000	*1.2	960'000/1'200'000=80%

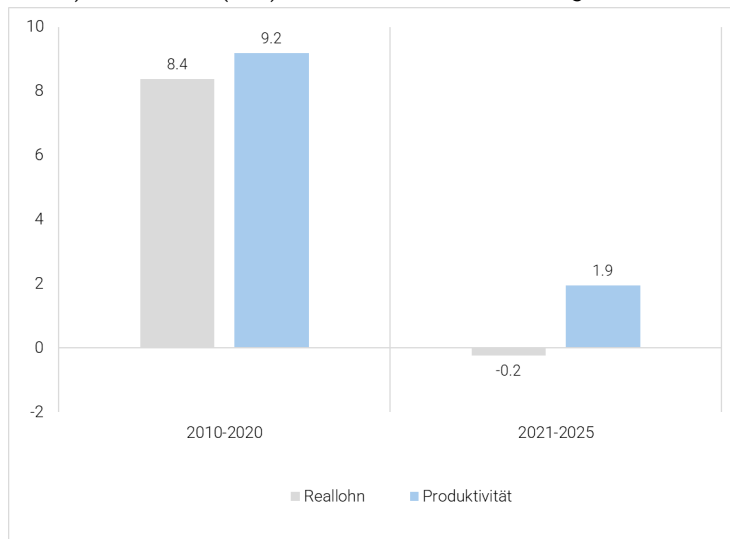
Beispiel 2: Keine Erhöhung der Reallöhne entsprechend den Produktivitätsgewinnen – Zunahme der Ungleichheit bei Abnahme der Lohnquote

Jahr	Anzahl Arbeitnehmende im Betrieb	Reale Wertschöpfung	Produktivität	Produktivitätszuwachs	Lohnsumme	Lohn pro Arbeitnehmende	Kapitalertrag (Summe)	Wachstum Kapitalertrag	Lohnkosten im Verhältnis zur Wertschöpfung
1	100	1'00'000	10'000	-	800'000	8'000	200'000	-	800'000/1'000'000=80%
2	100	1'200'000	12'000	*1.2	800'000	8'000	400'000	*2	800'000/1'200'000=67%

Die Reallöhne haben sich in den Jahren 2010-2020 weitgehend im Gleichschritt mit der Produktivität entwickelt. In den Jahren 2021-2025 ist dies allerdings nicht mehr der Fall. Während die Reallöhne in diesem Zeitraum leicht gesunken sind, stieg die Produktivität um 1.9 Prozent. Dies entspricht einer Reallohn-Lücke von 2.1 Prozent.

Entwicklung der Produktivität und der Reallöhne 2010-2025

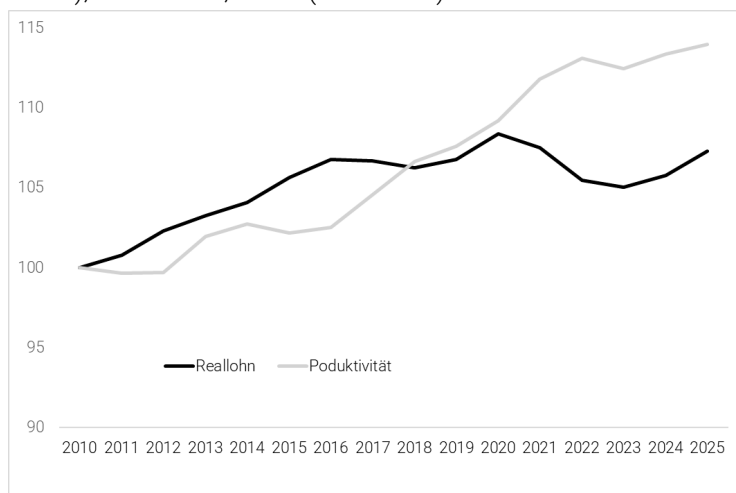
Reale Wertschöpfung (Seco) im Verhältnis zum tatsächlichen Arbeitsvolumen (BfS, AVOL), Reallöhne (BfS), 2010-2025, Veränderung in %



Reallohn 2025: UBS Outlook Schweiz für 2025 (1.4%), bedingte Inflationsprognose Juni 2025 Schweizerische Nationalbank (0.2%); Produktivität 2025: Prognose des Seco für das Wachstum der realen Wertschöpfung und Prognose der KOF Konjunkturforschungsstelle zur vollzeitäquivalenten Beschäftigung

Entwicklung der Produktivität und der Reallöhne 2010-2025

Reale Wertschöpfung (Seco) im Verhältnis zum tatsächlichen Arbeitsvolumen (BfS, AVOL), 2010-2025, Index (2010=100)

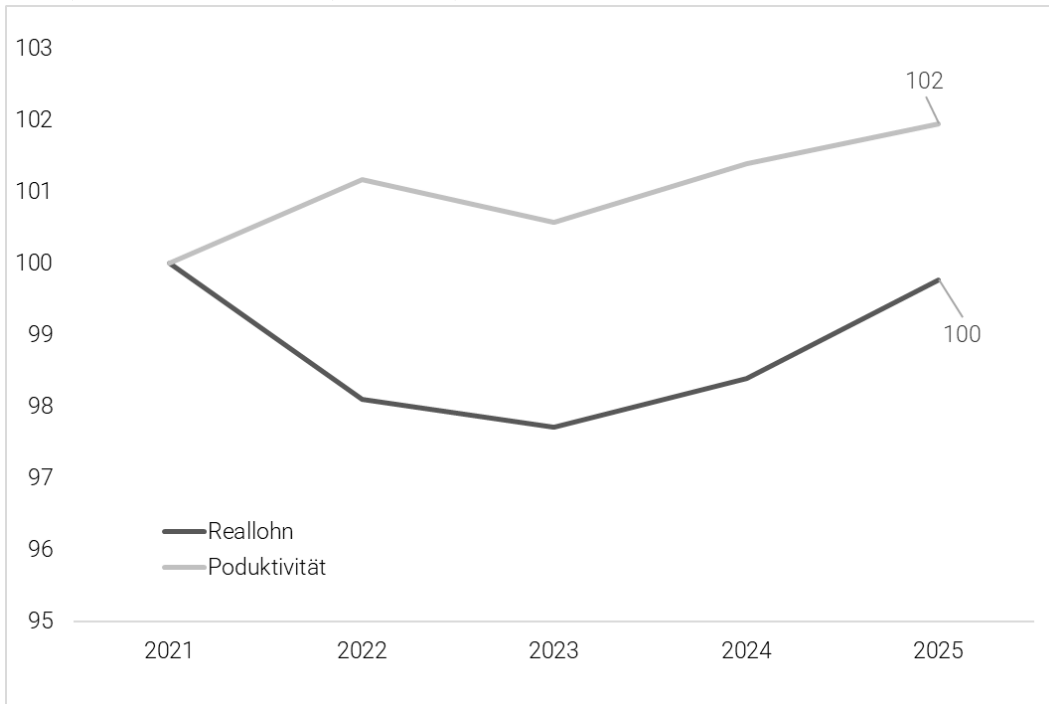


Reallohn 2025: UBS Outlook Schweiz für 2025 (1.4%), bedingte Inflationsprognose Juni 2025 Schweizerische Nationalbank (0.2%); Produktivität 2025: Prognose des Seco für das Wachstum der realen Wertschöpfung und Prognose der KOF Konjunkturforschungsstelle zur vollzeitäquivalenten Beschäftigung

Die Aufholeffekte, welche sich in den Jahren 2024 und 2025 zeigen, haben somit nicht ausgereicht, um diese Lücke zu schliessen.

Produktivität und Reallöhne 2021-2025

Reale Wertschöpfung (Seco) im Verhältnis zum tatsächlichen Arbeitsvolumen (BfS, AVOL), 2010-2025, Indices (2021=100)



Reallohn 2025: UBS Outlook Schweiz für 2025 (1.4%), bedingte Inflationsprognose Juni 2025 Schweizerische Nationalbank (0.2%)

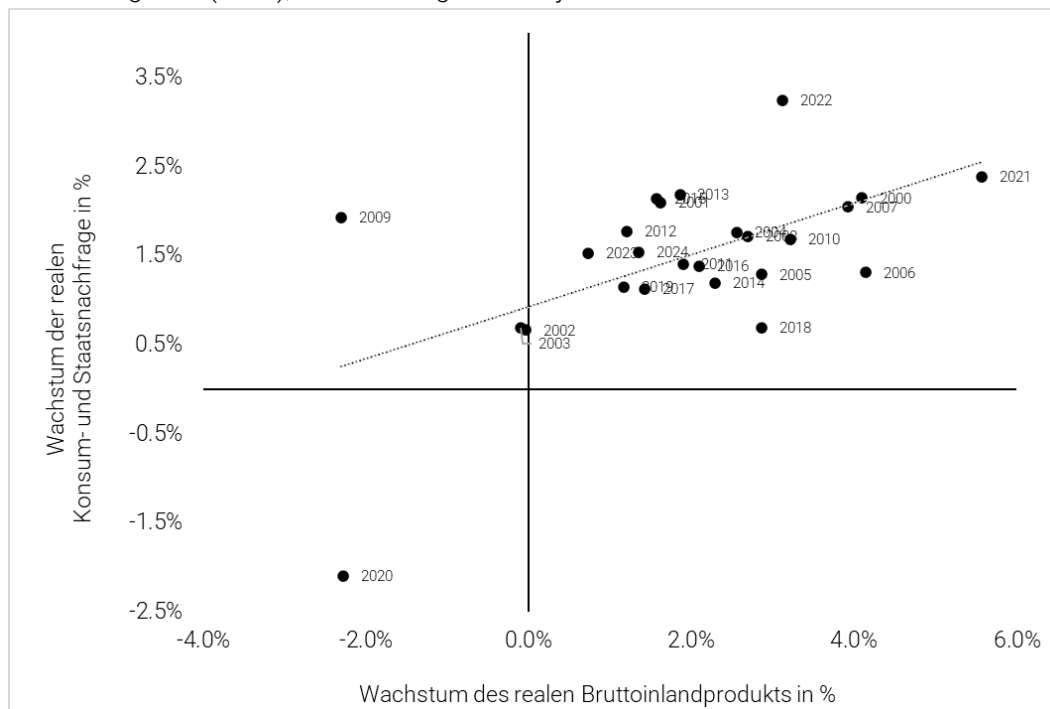
Produktivität 2025: Prognose des Seco für das Wachstum der realen Wertschöpfung und Prognose der KOF Konjunkturforschungsstelle zur vollzeitäquivalenten Beschäftigung

Stärkung des Binnenmarktes – eine stabile Nachfrage im Inland sichert Arbeit und Einkommen

Mit zunehmenden Unsicherheiten im Welthandel erhöht sich die Bedeutung einer stabilen Binnennachfrage. Eine schwache Konsumnachfrage aufgrund unzureichender Löhne oder rückläufigen Staatsausgaben schwächen hingegen die konjunkturelle Entwicklung und gefährden dadurch Arbeitsplätze und Einkommen.

Wachstum von Bruttoinlandprodukt, Konsum- und Staatsausgaben

Reale Wertschöpfung (Seco), reale inländische Nachfrage durch privaten Konsum und Staatsausgaben (Seco), Veränderung zum Vorjahr in %



Fazit

Die Reallöhne sind in der Schweiz in den Jahren 2021-2023 markant gesunken. Ein vergleichbarer Rückgang der Reallöhne war in der Nachkriegszeit in der Schweiz bisher nie verzeichnet worden. 2024 und 2025 erholten sich die Reallöhne deutlich. Sie bleiben aber weiterhin unter dem Niveau der Jahre 2020 und 2021 zurück und konnten nicht mit der Produktivität mithalten. Daraus ergibt sich ein Rückstand der Reallöhne von etwa 2 Prozent.

Trotz nachlassender Inflation stiegen zudem die Lebenshaltungskosten weiter deutlich an. Die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmenden sanken dadurch weiter. Für erwachsene alleinstehende Arbeitnehmende ergeben sich alleine durch die höheren Krankenkassenprämien und die Inflation im Durchschnitt höhere Kosten von 2 Prozent, sofern die im Durchschnitt gewährten Lohnerhöhungen berücksichtigt werden.

Die Lohnforderung von durchschnittlich 2 Prozent orientiert sich somit an der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung, den höheren Lebenshaltungskosten, sowie den in den Vorjahren gewährten Lohnerhöhungen.

Aufgrund der Unterschiede bei den gewährten Lebenshaltungskosten können die Lohnforderungen je nach Branche oder Betrieb von diesen 2 Prozent abweichen.

Aufgrund der grossen Unsicherheit in der Weltwirtschaft gewinnt die stabile Entwicklung auf dem Binnenmarkt an Bedeutung. Eine gute Lohnentwicklung und stabile Ausgaben durch die öffentlichen Haushalte sind mitentscheidend für den Erhalt von Arbeitsplätzen und Einkommen.